



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 9.5.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

in aktuellen Debatten wird Europa selten ohne das Wort „Krise“ diskutiert. Beim Politischen Club der CSU-Fraktion erinnerten die Europapolitiker ausdrücklich daran, was wir an einem vereinten Europa haben: Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Klar ist aber auch: Wir wollen ein Europa der Regionen mit starken eigenständigen Kommunen. Um wichtige Themen wie Daseinsvorsorge oder regionale Wirtschaftsförderung wollen und werden wir in Bayern uns auch in Zukunft selbst kümmern!

Nun wünsche ich Ihnen eine gedeihliche Lektüre und verbleibe
mit allen guten Wünschen und herzlichen Grüßen



Bernhard Seidenath

„Europa als Friedensprojekt“ – Joseph Daul beim Politischen Club

„Sicherheit wird auch in Zukunft das zentrale Thema in Europa sein“ – dieses Fazit zog Joseph Daul, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, beim Politischen Club der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Dass Europa heute ein Ort des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands ist, sei nicht selbstverständlich. Das zeige die aktuelle Situation in der Ukraine oder in Syrien. Auch die Menschen im Baltikum wüssten noch genau, wie es ist, sich vor seinen Nachbarn zu fürchten oder nicht zu wissen, ob man morgen noch in Frieden lebt. „Die Menschen dort brauchen Europa, um in Freiheit leben zu können“, betonte Daul.

Dass die EU eine einzigartige Friedensgemeinschaft ist, sieht auch ein Großteil der deutschen Bevölkerung so: Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap sind 72 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die EU ein sicheres Europa garantiert. 68 Prozent gehen davon aus, dass die EU in Krisensituationen Schutz bietet. „Die EU ist viel mehr als Ölkännchen und Duschköpfe“, so Daul. „Das bedeutet nicht, dass Europa perfekt ist oder dass man keine Kritik äußern darf, aber ich wünsche mir, dass die Menschen bei allen Diskussionen um die EU stärker die positiven Errungenschaften Europas im Blick haben.“

Teilnehmer des Politischen Clubs waren auch die CSU-Europaabgeordneten Dr. Angelika Niebler und Markus Ferber, die sich im EU-Parlament für ein Europa der Regionen mit starken eigenständigen Kommunen einsetzen. „Es ist wichtig in Brüssel präsent zu sein und bayerische Interessen zu vertreten. Dass dies auch zum Erfolg führt, zeigt das Beispiel der Trinkwasserversorgung, deren Privatisierung wir erfolgreich verhindert haben“, so Dr. Niebler. „Europa ist nur so gut oder so schlecht, wie auch die einzelnen Mitglieder ihre Probleme selbst lösen“, ergänzte Ferber. Er plädierte dafür, dass Europa sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und Kompetenzen dorthin verlagert werden müssen, wo sie am meisten Wirkung entfalten.

[Impressionen vom Politischen Club](#)

Bayerische Interessen beim TTIP wahren!

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) soll Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestalten, dass sie besser zusammenpassen. Ein erfolgreicher Abschluss der TTIP bietet große Chancen für die Verbraucher und die bayerische Wirtschaft und wäre ein starker Impulsgeber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Gerade das Exportland Bayern mit seinen kleinen und mittelständischen Unternehmen würde durch die Beseitigung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen in besondere Weise profitieren.

Die TTIP ist aber auch mit gewissen Risiken für die hohen europäischen Schutzstandards behaftet. Nur wenn diese Risiken in den Verhandlungen frühestmöglich ausgeschlossen werden, kann die entstehende größte Freihandelszone der Welt ihre positiven Wirkungen für Bayern, Deutschland und Europa entfalten.

In einem Dringlichkeitsantrag fordert die CSU-Fraktion deshalb eine Reihe von Maßnahmen, um bayerische Interessen bei den Verhandlungen über TTIP zu wahren. So dürfe es durch TTIP keinesfalls zu einer Absenkung des hohen Verbraucherschutzniveaus in der EU kommen. Die Kommunale Daseinsvorsorge einschließlich der Trinkwasserversorgung und der bewährten Organisationsstrukturen der Kommunen, der Schutz für sensible Agrarprodukte und die Einhaltung der europäischen und nationalen Datenschutzbestimmungen müssten auf jeden Fall sichergestellt werden. Außerdem fordern die CSU-Landtagsabgeordneten mehr Transparenz und eine stärkere Beteiligung der nationalen Parlamente bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen.

[Dringlichkeitsantrag im Wortlaut](#)

Bayern: Vorreiter für eine gute digitale Zukunft

In ihrer Sitzung am 7. Mai hatte die CSU-Fraktion den Hauptgeschäftsführer des BITKOM e.V., Dr. Bernhard Rohleder, eingeladen, um über die Chancen und Herausforderungen der digitalen Revolution zu diskutieren. Die digitale Revolution verändert die wirtschaftlichen Märkte und die Arbeitswelt, beschleunigt den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, prägt unseren Alltag. Bei alledem birgt sie Chancen und Risiken. Um ihnen erfolgreich zu begegnen, müsse Bayern, so Dr. Rohleder, die neuen digitalen Möglichkeiten gezielt in den Bereichen gewinnbringend nutzen, in denen es bereits führend ist oder werden kann. Dies betreffe beispielsweise die Bereiche vernetzte Mobilität, digitale Fabrik, Big Data und Cybersicherheit. Nur so bleibe Bayern ein führender Innovations- und Produktionsstandort.

Dr. Bernhard Rohleder betonte, es gebe „kein anderes Bundesland, das bei der Digitalisierung konzeptionell so gut aufgestellt ist wie Bayern.“ Die CSU-Fraktion sei konzeptionell Vorreiter beim Innovationsthema Digitalisierung. Der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer: „Mit ihrer Klausurtagung unter dem Stichwort „Bayern 3.0“ hat die CSU-Fraktion bereits 2012 in Kloster Banz das Digitalisierungsthema auf die landespolitische Agenda gesetzt. Als die Zukunftskraft in Bayern wird die Fraktion in den kommenden Wochen gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung eine Digitalisierungsoffensive erarbeiten, deren erste Schritte auch schon im Doppelhaushalt 2015/16 umgesetzt werden.“

Aktiv gegensteuern beim demografischen Wandel

„Wir nehmen die Folgen des demografischen Wandels nicht einfach klaglos hin, sondern steuern im neuen Nachtragshaushalt aktiv dagegen.“ Mit diesen Worten haben Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Thomas Huber, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Demografische Entwicklung seiner Fraktion, die Bedeutung der Entwicklung aller Landesteile unterstrichen.

Kreuzer machte deutlich, dass der demografische Wandel eine Querschnittsaufgabe sei, die alle Ressorts betreffe: „Egal ob es um die Ärzteversorgung, die Schulstruktur, die Arbeitsplätze vor Ort oder Verkehrsinfrastruktur und den Breitbandausbau geht: Bei allen Bereichen haben wir die Entwicklung unserer Regionen im Blick.“

[Weiterlesen](#)

Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU

Die niedersächsische Insel Borkum war Ende April Schauplatz der Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) von CDU und CSU. In deren Rahmen wurde der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer, zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Vorsitzender der Konferenz bleibt weiterhin Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag.

Die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU und CSU sprachen sich in einer Entschließung dafür aus, in den Ländern die bestehende Autonomie der Hochschulen zu erhalten. Sie distanzieren sich damit von Gesetzesvorhaben mit massiven Eingriffen in die Hochschulautonomie und die Forschungsfreiheit, wie gegenwärtig in Nordrhein- Westfalen oder Baden-Württemberg. Außerdem forderten die Unionsfraktionschefs, dass das 500. Reformationsjubiläum am 31. Oktober 2017 einmalig in allen Ländern zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. In einem weiteren Beschluss setzten sich die Fraktionschefs von CDU und CSU außerdem für eine angemessene Würdigung der DDR-Bürgerbewegung beim diesjährigen „Tag der Deutschen Einheit“ in Hannover ein. Sie appellierten an Niedersachsen als diesjährigen Gastgeber, die Leistung von DDR-Bürgerrechtlern

und Millionen friedlicher Demonstranten bei der Ausgestaltung des Feiertages besonders zu würdigen.

Ein weiterer Schwerpunkt der FVK waren Bundes- und Europathemen sowie Fragen der Bildungspolitik. Gäste der Konferenz waren Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, David McAllister, Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahl, sowie der hessische Kultusminister, Prof. Dr. Alexander Lorz.

Die Woche in Bildern

Politischer Club mit Joseph Daul, Diskussion über die Herausforderungen der Digitalisierung oder Treffen mit den Präsidenten der bayerischen Hochschulen - [Unsere Woche in Bildern!](#)

Zahl der Woche: 10

Vor 10 Jahren - am 1. Mai 2004 - traten im Zuge der EU-Osterweiterung zehn neue Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei. Mit dem Beitritt von Tschechien, Lettland, Litauen, Slowakei, Estland, Polen, Slowenien, Ungarn, Malta und Zypern konnte 15 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ein weiterer Schritt zu einem vereinigten Europa vollzogen werden. „Die Osterweiterung hat Bayern aus den Nachteilen seiner Randlage befreit und ins Zentrum Europas gerückt“, zog Bayerns Europaministerin Beate Merk zehn Jahre nach der Ostöffnung Europas Bilanz. Bayern habe die Chance der Erweiterung in allen Politikfeldern konsequent und nachhaltig genutzt, so die Ministerin weiter.